Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postsch Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 37. Mittwoch, 13. Februar 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 90 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, wenn Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Etatdebatte im Sächsischen Landtag.

Zweimalige Räumung der Tribüne. — Unterbrechung der Sitzung.

M. Dresden, 12. Februar.

Auf der Tagesordnung steht die Aussprache über den Staatshaushaltsbericht für 1929 und den Rechenschaftsbericht auf 1927, sowie über zahlreiche damit zusammenhängende Anträge und Anfragen. Das Haus, die Regierungsbänke und die Tribünen sind gut besetzt. Präsident Schwarz ist nach langer Krankheit erstmalig wieder anwesend, führt aber nicht das Präsidium.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Vizepräsident Dr. Eckardt den anstelle des verstorbenen Abg. Menke eingetretenen Abg. Güttler-Neugersdorf (Soz.). Volksbildungsminister Dr. Bünger teilt die Niederlegung seines Abgeordnetenmandats mit.

Die erste Etatrede hält

Abg. Edel (Soz.).

Er beklagt sich darüber, daß im Etat wieder auf Kosten der Aermsten gespart werde. Es sei nichts eingestellt für Untersuchung der Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter, auch nichts zum Schutze der Bergarbeiter. Der Finanzminister verstehe nichts von der wirtschaftlichen Entwicklung der Zukunft. **Den Löwenanteil der Steuern müsse wieder die Arbeiterschaft durch die Lohnsteuer tragen.** Auf der anderen Seite würden der Landwirtschaft und dem Hausbesitze große Zuwendungen auf Kosten der Allgemeinheit gemacht. Von der gegenwärtigen Regierung dürfe man eine Verwaltungsreform nicht erwarten. Die Sozialdemokraten wünschten einen demokratischen Neuaufbau des Staates von unten. Der Polizei- und Justizapparat müßten republikanisch gestaltet werden. Der beabsichtigte Abbau des Arbeitsministeriums bedeute nichts anderes als den Abbau der sozialen Verpflichtungen des Staates.

Abg. Dr. Eberle (Dnat.):

Die Etatrede des Finanzministers ist eine **schwere Anklage gegen das Reich**, weil es nicht rechtzeitig sagt, was für die Länder übrigbleibt, weil es seine eigenen Gesetze nicht innhält, weil der Reichstag Ausgaben der Länder beschließt, und ihnen Aufgaben überträgt, ohne die Einnahmen dazu zu geben. Diese Rede, dazu alle die Reichsreformpläne beweisen die Halbheit der neuen Reichsverfassung: Sie schuf „Länder und Freistaaten" nur mit einem Schein der Selbständigkeit. Man soll zurückgreifen auf den Freiherrn von Stein und seine Pläne zur Sicherung und Erhaltung der **Selbstverwaltung**, das heißt der vollen Verantwortung an der Lebensfront. Durch die Freiheit zum Dienen, zur Pflichterfüllung entsteht allein echte Macht. Indem Stein jedem das Seine an Pflichten und Rechten gab, hat er den Grundstein zum Deutschen Reiche in der praktischen **Selbstbestimmung des Volkes** gelegt. Bismarck hat auf dieser sittlichen Grundlage aufgebaut. **Das neue Reich hat nach der falschen Macht gestrebt in seiner Prestige- und Gelbpolitik.** Durch die Erzbergersche Steuerreform ist die Wahrheit der Selbstverantwortung und Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden praktisch aufgehoben. **Die Finanz- und Steuerhoheit muß ihnen wiedergegeben werden!** Der jetzige Steuerkommunismus ist nicht eine Wurzel der Kraft des Reiches, sondern die Quelle seiner Schwäche. Die nach der Reichssteuerordnung nötige ewige Teilung ist die **Verewigung der Ungerechtigkeit.** Der Steuerverteilungsschlüssel ist eine Quelle deutscher Uneinigkeit und dieses wieder des Uebermutes unserer Feinde.

Sachsen als höchstentwickeltes und wirtschaftlich empfindlichstes Land muß besonders aufmerksam sein. Die Häufung der Geld- und Wirtschaftsmächte in Berlin hat unserm Lande beträchtlich geschadet. Mit der geplanten Aenderung der Ländergrenzen wird die Gefahr des Zentralismus nicht gebannt. Die Klage des Finanzministers über die Finanzgebarung des Reiches ist nur eine halbe Erkenntnis. Die ganze Erkenntnis muß die Folgerung ziehen, daß das Selbstbestimmungsrecht keine Redensart bleiben darf. Die Stärkung der Stellung der Länder bleibt der einzige Schutz gegen den Zentralismus, auch gegen den partikularistischen Druck Preußens, die letzten Endes statt auf moralische Eroberungen Bismarcks auf materialistische Eroberungen mit dem Plan der Aushöhlung und Aushungerung der Länder hinaus will. Selbstbestimmungsrecht bleibt eine Redensart, wenn es nicht zugleich Selbstbestimmungspflicht ist. Es ist unsere Pflicht, nicht nur auf unserer Steuerhoheit bestehen, sondern darauf, daß die Stimme der Länder in der Reichsverwaltung zu ihrem Rechte kommt, um unser Eigenleben vor der Zerdrückung zu schützen. Der Grundsatz der Reichsverfassung: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus" in der Auslegung: „Sie geht von Berlin aus" hat in den letzten 10 Jahren zur Unordnung geführt: Ausgaben ohne Deckung. Leistungsunfähige Länder und Gemeinden. Der Steinsche Weg ist allein der richtige, den Staaten und Gemeinden ihre Verantwortungsfreiheit und Verantwortungspflicht aus eigenem Recht wiederzugeben und ihnen zu überlassen, die Ordnung im eigenen Hause wieder herzustellen. Nicht materialistischer Machthunger, sondern nur Gewissenhaftigkeit kann ein Staat- und Gemeindewesen führen. Gemeinde und Staat sind sittliche Mächte oder ohnmächtig. **Wer das Reich gesund machen will, darf nicht auf Geld und seine Vorteile hoffen, sondern auf pflichtwilligen Gemeinsinn aller Bürger.**

Abg. Dr. Bünger (Dvp.)

Im gegenwärtigen Augenblicke müßten eigentlich alle Parteien sich zusammenfinden in der Sorge, wie die Reparationslasten abgebaut werden könnten. Die hohen Zinssätze, die wir wegen des Kapitalmangels zahlen müßten, belasteten Wirtschaft, Länder und Reich mindestens ebenso sehr wie die hohen Steuern. Der Ertrag der Industrie sei im Allgemeinen sehr gering. Der starken Erwerbslosigkeit müsse entgegengetreten werden durch Wohnungs- und Wegebau. Der Landesanteil an der Kraftfahrzeugsteuer müsse erhöht werden zum Zwecke des Straßenbaues. Die Reichsreform sei ein gutes Stück vorwärtsgekommen, er bedauere nur, daß verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit Wasser auf die Mühlen der Separatisten gegeben hätten. So das Uebergehen Sachsens bei der Besetzung der Aufsichtsratsstellen der Reichsbahn. Die Verkehrsverhältnisse der Reichsbahn in Sachsen entsprechen nicht billigen Anforderungen. Das Ergebnis des Rechenschaftsberichtes sei ein sehr erfreuliches. Aber er frage sich nach dem Werte einer Etataufstellung, wenn ein Unterschied von etwa 85 Millionen hervortrete. Drei Momente seien es, die unseren Etat besonders belasteten: Das Anwachsen der Personal-Ausgaben, das Ueberwiegen der Steuern bei den Deckungsmitteln und die Abhängigkeit vom Reiche. Die Landessteuern schienen etwas zu niedrig eingestellt zu sein, die Reichssteuern zu hoch. Es sei unrichtig, wenn der sozialdemokratische Redner behauptete, daß der Hauptteil der Steuern von der Lohn- und Gehaltssteuer getragen werden müsse. Erfreulicherweise seien Einstellungen für Kulturaufgaben vorhanden. Bei der Verwaltungsreform müsse vor allem an Ersparnisse gedacht werden. Das dürfe natürlich nicht dazu führen, daß die Erfüllung von Kulturaufgaben vernachlässigt werde. Unseren Landestheatern müsse er nachrühmen, daß sie in diesen schwierigen Zeiten einen richtigen Mittelweg gehen. Ein Galerieneubau sei notwendig. Als eine Kulturtat sehe er auch die Auseinandersetzung mit der Kirche an. Auf keinen Fall dürfe auf eine deutsche Kulturpropaganda im Auslande verzichtet werden. Redner wies noch auf die Danzig-Ausstellung und die Deutsch-Oesterreichische Strafrechtskonferenz hin und gedachte zum Schlusse der deutschen Brüder im Westen, die noch immer unter der Besatzung leiden. Es sei zu hoffen und zu wünschen, daß die Verhandlungen, die jetzt parallel mit der Revision des Dawes-Abkommens geführt werden, nun endlich zur Befreiung von der Besatzung führen möchten.

Abg. Heutschel (Wirtschaftsp.):

Ein Merkmal der Steuerpolitik unserer Zeit sei es, daß die Grund- und Gewerbesteuern nicht nur nicht gesenkt, sondern sogar erhöht worden seien. Angesichts der Anspannung der Vermögenssteuer werde die Kapitalbildung verzögert und verhindert und die Kapitalflucht ins Ausland begünstigt. Die jetzige Kapitalsteuer bedeute eine Konfiskation des Eigentums. Die vorgeschlagene Erbschaftssteuer werde tief eingreifen in Wirtschaft und Familie. Tief bedauerlich sei die Verschuldung der Landwirtschaft.

In der zwangsläufigen Vergrößerung der Großstädte durch Einverleibungen erblicke seine Partei eine große politische und wirtschaftliche Gefahr. Die Reichstagsabgeordneten möchten bei ihrer Tätigkeit in Berlin das sächsische Volk und ihre Heimat nicht ganz vergessen.

Abg. Renner (Komm.)

meint, der vorliegende Etat zeige bereits den Rückgang der deutschen Stabilisierung. Während man die Arbeiter höher belaste, beschenke man die Hausbesitzer. Redner wendet sich dann gegen die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, die jede Streikbewegung der Arbeiter behindere. Die sächsische Regierung sei die Schrittmacherin der ausbeutenden Privatindustrie.

Während der Rede Renners fallen unausgesetzt Zwischenrufe, die trotz der Androhung der Räumung der Tribünen fortdauern, so daß sich Vizepräsident Dr. Eckardt schließlich genötigt sieht, die Sitzung zu unterbrechen und die Tribünen räumen zu lassen.

Als die Dienerschaft der Anordnung folgte, fallen schwere Drohungen: Wir werdens Euch anstreichen! Wir werden gleich Stinkbomben holen! Ausräuchern muß man Euch Bande! Nur langsam leeren sich unter fortwährenden Zurufen eines Teils der Besucher die Tribünen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung macht Vizepräsident Dr. Eckardt die Tribünenbesucher darauf aufmerksam, daß bei einer etwaigen Wiederholung der Zurufe die Tribünen sofort geräumt werden.

Abg. Renner fährt in seiner Rede fort. Als er mit den Worten schließt: Die Arbeiterschaft werde sich ihr Recht auf der Straße erkämpfen, klatschen mehrere Tribünenbesucher Beifall. Der Vizepräsident ordnet hierauf wieder die Räumung der Tribünen an. Sozialdemokratische Abgeordnete bezeichnen diese Anordnung des Vizepräsidenten als überflüssig; die Räumungsanordnung sei ja beabsichtigt. Darauf ordnet der Präsident die Entfernung der Ruhestörer an, worauf deren Freunde erklären, sie würden auch mitgehen.

Hierauf unterbricht der Vizepräsident wieder die Sitzung und läßt die Tribünen räumen. Wieder fallen schwere Drohungen und noch vor der Tür zur Ausgangstreppe kommt es zu erregten Protesten der ausgeschlossenen Tribünenbesucher.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung fordert Abg. Siewert (Komm. Opposition) das Wort zur Geschäftsordnung, das ihm aber vom Vizepräsidenten Dr. Eckardt verweigert wird.

Als nächster Debatteredner spricht

Abg. Dr. Seyfert (Dem.):

Die allgemeine politische Struktur spreche gegen den Optimismus des Reparationsagenten. Von Luxusausgaben sei in unserem Etat keine Rede. Was die Regierungs- und Verwaltungsreform erfordere, solle sie auf dem Wege des Gesetzes fordern. Auch bei der Arbeit des Landtags könnten Regierungsbeamte gespart werden und in den höheren Behörden sei mancher Leerlauf. Die Verwaltungsreform müßte von oben nach unten versucht werden, sei aber in erster Linie Reichsangelegenheit. Das deutsche Reich als Einheitsstaat könne nur aus einer revolutionären Bewegung entstehen, und die wäre nur möglich durch eine politische Emanzipation der Jugend. Die Volks- und Reichseinheit sei keine Utopie, sondern eine Notwendigkeit. Deshalb müsse auch die Politik der sächsischen Regierung im Sinne der Reichseinheit diktiert werden. Die Durchführung der Pflichtstundenzahl der Lehrer entspreche dem Gesetz und soll allmählich geschehen. Die akademische Lehrerbildung hat sich in Sachsen durchgesetzt. Der Vorwurf, die Demokraten hätten in der gegenwärtigen Koalition Anspruch über Gebühr gestellt, sei durchaus unberechtigt. Seine Partei sehe in der gegenwärtigen Koalition mehr eine Notgemeinschaft als eine Regierung auf wahrhaft demokratischer Grundlage; sie fordere aber auch für Sachsen die Große Koalition.

Abg. Siewert (Komm. Opp.) erklärt zur Geschäftsordnung, daß seine Partei mit der Maßnahme des Präsidenten nicht einverstanden sei und den Aeltestenrat befragen werde, ob er diese Maßnahme billige. Er fordere die sofortige Wiedereröffnung der Tribünen. Vizepräsident Dr. Eckardt: Es habe sich hier um eine vorbereitete Störung der Verhandlungen gehandelt und ich halte es nicht für richtig, daß wir vor derartigen Störungsversuchen zu Kreuze kriechen. Das Haus beschließt, die Tribünen nicht wieder eröffnen zu lassen.

Abg. Böttcher (Komm. Opp.) meint, es sei charakteristisch für diesen Landtag, daß die Verhandlungen auf Beschluß der Regierungsparteien vor geschlossenen Tribünen geführt würden. Man fürchte die Kritik der Arbeiterschaft. Die Rede Edels habe die ganze Hilflosigkeit der deutschen Sozialdemokratie offenbart. Alle Etats bewiesen, daß die Arbeitermassen die ganzen Lasten des verlorenen Krieges bezahlen sollen. Für die internationale Finanzkontrolle würden allein für Personalausgaben zehn Millionen gebraucht, dazu kommen die sächsischen Ausgaben, so daß man auf einen Betrag von 20 Millionen komme. Dagegen würden in Sachsen für Wohlfahrtsausgaben nur 11 Millionen eingestellt.

Abg. Wirth (Altsoz.):

Der Fehlbetrag von 13,5 Millionen Mark sei sehr fragwürdiger Natur, denn niemand könne zur Stunde sagen, welche Einnahmen dem Lande vom Reiche zufließen. Dieser Zustand sei für die Dauer untragbar. Seine Partei hätte gewünscht, daß für Wohnungsbau und Wohlfahrtspflege größere Summen eingestellt würden. Das wird aber jetzt kaum möglich sein, solange Deutschland die hohen Reparationskosten aufzubringen habe. Die Einstellungen für die Landwirtschaft begrüße seine Partei, ebenso den Ausbau des Kraftfahrtwesens und der Sächsischen Werke.

Abg. Härtel (Volksrechtp.)

klagt darüber, daß die Banken mit ihrem hohen Zinsfuß eine Gesundung der Wirtschaft verhinderten. Dem neuen Mietzinssteuergesetz würden seine Freunde nicht zustimmen können, aber sie seien im Interesse der Mieter für einen sozialen Ausgleich beim kleinen Hausbesitz. Es sei ein klarer Vermögensraub, wenn die Fürsorgeverbände sich für gewährte Unterstützungen an dem noch vorhandenen Sachwert schadlos zu halten versuchten. Die akademische Lehrerbildung werde größere Lasten bringen und sie verschließe außerdem den minderbemittelten Kreisen den Lehrerberuf. Die Beseitigung der Seminare sei ein großer Fehler gewesen. Jede nicht unbedingt nötige Erhöhung von Etateinstellungen würden seine Freunde ablehnen. Von unseren Beamten müsse erwartet werden, daß sie Verständnis für die Notlage des Volkes zeigen.

Abg. Tittmann (Nat.-Soz.):

Der Haushalt auch des sogenannten sächsischen Freistaates werde bestimmt durch die Verhältnisse im Reich. Es sei ein Unding, wenn man auf der einen Seite die Notlage des Volkes schildere und stillschweigend darüber hinweggehe, daß das Deutsche Reich eigentlich gar kein selbständiger Staat mehr ist, sondern nur noch eine Kolonie. Die Voraussetzungen jeder Besserstellung der arbeitenden Schichten sei die Beseitigung des Reparationsdruckes. Es gebe auf der Welt nur ein Recht: die Macht. Deshalb seien die Nationalsozialisten ausgesprochene Militärs. Ein feiges Volk müsse untergehen.

Damit schließt nach ½10 Uhr der erste Tag der Etatdebatte. Nächste Sitzung: Donnerstag, 14. Februar 1929.

SLUB Wir führen Wissen.